

SPD sozialdemokratischer pressediens

P/XXV/228

2. Dezember 1970

Hessen weiter voran!

Sozialliberale Landesregierung dient dem Fortschritt

Von Albert Osswald
Ministerpräsident von Hessen

Seite 1 und 2 / 87 Zeilen

Eine wichtige Etappe der Justizreform

Status-Verbesserung für das Bundesverfassungsgericht

Von Dr. Claus Arndt SPD-MdB
Stellv. Vorsitzender des Bundestags-Rechtsausschusses

Seite 3 und 4 / 56 Zeilen

Leistungen und Perspektiven

Ein Jahr sozialliberale Regierungsverantwortung

Helmut Schmidt: Außen- und Sicherheitspolitik

Seite 5 bis 7 / 142 Zeilen

Chefredaktion: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder
5300 Bonn 2, Hausallee 3-10
Postfach: 8153
Pressehaus 1. Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 27 - 38
Telex: 893 848/895 647
898 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Hessen weiter voran!

Sozialliberale Landesregierung dient dem Fortschritt

Von Albert Osswald

Ministerpräsident von Hessen

Aus der Landtagswahl Hessens vom 8. November ist die SPD wieder als stärkste Partei hervorgegangen. Ein weiteres wesentliches und erfreuliches Ergebnis dieser Wahl ist die klare Niederlage der radikalen Kräfte, so daß auch die NPD in der neuen Legislaturperiode nicht im Landtag vertreten ist. Dieses eindeutige Votum belegt ein von Verantwortungsbewußtsein geprägtes demokratisches Verhalten des Wählers.

In den neuen Landtag, der sich am 1. Dezember konstituierte, sind Abgeordnete der SPD, der FDP und der CDU eingezogen. Die Wahlentscheidung in Hessen stand - wie 1966 auf dem Höhepunkt der Führungskrise der CDU im Bund und zu Beginn einer Rezession - wiederum unter bundespolitischen Vorzeichen. Seit 1969 hat sich die politische Landschaft jedoch wesentlich geändert. Die SPD wurde in Bonn Regierungspartei und stellt den Bundeskanzler. Ihr Partner ist die FDP, die ihre Rolle im politischen Kräftefeld der Bundesrepublik neu definierte.

Seit dem Regierungswechsel in Bonn vollzieht sich ein Prozeß der zunehmenden Polarisierung in der öffentlichen Meinung und in der Wählerschaft. Als Trend, der auch bei den anderen Landtagswahlen dieses Jahres festzustellen ist, darf gelten, daß die hessischen Wähler nicht in gleichem Maße wie bei der Bundestagswahl mobilisiert werden konnten und daß die CDU die Stimmen von rechts in sich aufzog.

Die CDU hat sich bisher mit der Rolle der Opposition nicht abgefunden. Sie folgte bisher der Maxime, auf dem schnellsten Weg und wie wir in der Zwischenzeit erleben mußten, auch auf einem äußersten zweifelhaften - Wege wieder an die Macht zu gelangen, von der sie der Wähler abberufen hatte. Dieses Konzept war kurzatmig. Das hat die Hessenwahl bewiesen. Auch das Ergebnis der Wahl in Bayern unterstreicht dies. Ihrem wichtigsten Wahlziel, über Hessen den Sturz der sozialliberalen Bundesregierung einzuleiten, ist die CDU keinen Schritt näher gekommen. Die SPD/FDP-Koalition in Bonn kann in Ruhe und mit der Gewißheit, daß ihre Politik von den Wählern unterstützt wird, die Reformprojekte in die Tat umsetzen.

In Hessen präsentierten sich die Christdemokraten als liberale Reformpartei. Zugleich wurde ein Fischzug in trüben Gewässern unternommen. Dennoch stellt sie im neuen Landtag allein die Opposition. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die künftige Politik der CDU in Hessen durch einen erheblichen reaktionären Bodensatz in ihrem Sammelbecken bestimmt wird. Die Wiesbadener Landesregierung geht von der Erwartung aus, daß sie, im Gegensatz zu ihrem Stil in der Wahlkampfauseinandersetzung, zu konstruktiver Mitarbeit im Interesse der Bürger Hessens findet.

Die Sozialdemokraten haben als stärkste Partei in Hessen

erneut den politischen Führungsauftrag erhalten. Die Stimmabgabe in diesem Bundesland vollzog sich nicht zuletzt auch in Blickrichtung auf die Bonner Koalition. Die Unterstützung vor allem des kleineren Partners diente der Stabilisierung der Position der Bundesregierung und hat für Wiesbaden die Bildung einer sozialliberalen Koalition aus den Landtagsfraktionen von SPD und FDP zur Folge. Die neue hessische Landesregierung wird von zwei Partnern gebildet, die mit einem eindeutigen Votum der Wähler ausgestattet sind. Sie übernimmt den politischen Gestaltungsauftrag in einem Land, das in vielen Bereichen unter den Bundesländern an der Spitze steht. Hinter ihr steht der Wille, Hessen weiter auf dem Weg des Fortschritts voranzubringen. Sozialdemokratische Politik hat in Hessen ein progressives Fundament gelegt, auf dem kontinuierlich aufgebaut werden kann.

Besondere Bedeutung wird weiterhin der Bildungs- und der Sozialpolitik beigemessen werden. Die seitherige Bildungspolitik bleibt Kernstück auch der neuen Landesregierung. Es ist beabsichtigt, die vorschulische Erziehung verstärkt auszubauen und sie schrittweise in das Schulwesen zu integrieren. Daneben wird der Auf- und Ausbau von Gesamtschulsystemen in allen Landesteilen vorrangig gefördert. Berufliches und allgemeinbildendes Schulwesen sollen innerhalb des Gesamtschulsystems koordiniert werden. Wir schaffen damit die Voraussetzung, die Lehrzeit zu verkürzen und die Berufsausbildung durch Modelle überbetrieblicher Lehrwerkstätten weiterzuentwickeln.

Wie bisher bleibt oberster Grundsatz moderner hessischer Sozial- und Gesundheitspolitik die Vorsorge gegen die Wechselfälle des Lebens. Die Landesregierung wird Initiativen ergreifen, um die Gesundheitsvorsorge weiterzuentwickeln und das Netz der ärztlichen Versorgung in ländlichen Bereichen sowie im öffentlichen Gesundheitsdienst zu verdichten. Hessen wird ein Krankenhauswesen schaffen, das jedem Bürger eine gleichwertige optimale Behandlung und Versorgung ohne soziale und finanzielle Schranken ermöglicht.

Als weitere umfangreiche Aufgaben stellen sich der Landesregierung die Neuordnung der regionalen und lokalen Verwaltung und die Reform des Polizeiwesens. Dabei wird die stufenweise Verstaatlichung der kommunalen Vollzugspolizei zu einer hessischen Landespolizei in Angriff genommen werden.

Sozialdemokraten und Freie Demokraten haben in den vergangenen Wochen ihre gemeinsamen zukünftigen Aufgaben definiert. Das Ziel der neuen Landesregierung wird es sein, daß Hessen auch in den nächsten vier Jahren Hort des Fortschritts bleibt.

Eine wichtige Etappe der Justizreform

Status-Verbesserung für das Bundesverfassungsgericht

Von Dr. Claus Arndt SPD-MdB

Stellv. Vorsitzender des Bundestags-Rechtsausschusses

Binnen einer Woche wird der Deutsche Bundestag zwei wichtige Gesetze verabschieden, die eine weitere bedeutende Etappe bei der Verwirklichung der Justizreform darstellen: Das Gesetz zur Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes und das Gesetz über die Gewährung von Entschädigung für zu Unrecht erlittene Strafverfolgungsmaßnahmen. Das erste Gesetz stellt die Arbeit unseres höchsten Gerichts, das zudem ein mit Bundestag und Bundesregierung ranggleiches oberstes Verfassungsorgan ist, auf eine neue und verbesserte Basis. Das Gericht hat sich in zwanzigjähriger Rechtsprechung hohes Ansehen und internationale Anerkennung erworben. Andererseits sind aber auch die Mängel deutlich geworden, die dem Gesetz anhaften, das der Tätigkeit des Gerichts zugrunde liegt. Die jetzt verabschiedete Novelle zum Bundesverfassungsgerichtsgesetz ist daher nicht nur die Frucht der Erfahrung aus zwei Jahrzehnten. Sie eröffnet zugleich mutig den Schritt auf juristisches Neuland. So schafft das neue Gesetz den von der SPD schon lange geforderten einheitlichen Status für alle Richter, die am Bundesverfassungsgericht tätig sind. Er sieht die Wahl auf 12 Jahre ohne die Möglichkeit einer Wiederwahl vor. Das Nebeneinander von Richtern, die auf Lebenszeit gewählt sind, mit solchen, die nur für acht Jahre in ihr Amt berufen werden, hört damit auf.

Die zentrale Neuerung aber, die das Gesetz zu einem echten Stück Justizreform werden läßt, ist die Einführung des sogenannten Sondervotums. Wir kannten diese Einrichtung bisher nur aus dem englisch-amerikanischen Rechtskreis. Sie bedeutet, daß in Zukunft ein Richter, der die Rechtsauffassung der Gerichts-

mehrheit, so wie sie in einem Urteil oder in dessen Begründung zum Ausdruck kommt, nicht teilt, dies in einem besonderen Schriftstück niederlegen kann, das dem Urteil angefügt wird. In Amerika sind fast alle bedeutenden Rechtsentwicklungen aus Sondervoten einzelner Richter des Obersten Gerichts (Supreme Court) entstanden, die im Laufe der Jahrzehnte durch die Kraft ihrer Argumente eine neue Mehrheitsmeinung herbeigeführt haben. Die Rechtsprechung zur Frage des Verhältnisses der Rassen ist hierfür ein bekanntes Beispiel.

Schon vor zwei Jahren hatte der Deutsche Juristentag mit großer Mehrheit darauf hingewiesen, wie sehr die Rechtsprechung durch die Einführung des Sondervotums nicht nur durchschaubarer, transparenter, sondern auch für Weiterentwicklungen offener gestaltet wird. Das Sondervotum stellt einen echten demokratischen Fortschritt dar und wird sicherlich zur weiteren Festigung des Ansehens der Richter und des Gerichts führen, stellt sich doch der dissentierende Richter der Kritik der Öffentlichkeit und der Wissenschaft. Mit der Einführung des "dissenting vote" wird zugleich aber auch der undemokratischen Ideologie entgegen- gewirkt, daß die Rechtsfindung durch ein Gericht ein schlichter logischer Erkenntnisvorgang sei, bei dem es eigentlich Mei- nungen und damit Meinungsverschiedenheiten nicht geben könne.

Neben den beiden zentralen Reformen, der Schaffung des ein- heitlichen Richterstatus und der Zulassung des Sondervotums behält das neue Gesetz bewährte Grundstrukturen unserer Ver- fassungsgerichtsbarkeit bei. Es besteht daher die begründete Hoffnung, daß das Gericht sich in Zukunft besser als je zuvor seiner ebenso freiheitssichernden wie vornehmen Aufgabe widmen kann: Hüter unserer Verfassung zu sein.

Leistungen und Perspektiven

Ein Jahr sozialliberale Regierungsverantwortung (12)

Helmut Schmidt: Außen- und Sicherheitspolitik

Ich möchte mit einem Gedanken beginnen, der sich meiner Seele bei dem Requiem in Paris, bei den Feierlichkeiten anlässlich des Todes des Generals de Gaulle tief eingeprägt hat. Er mußte, von uns aus gesehen, sicherlich auf manchen Feldern kritisiert werden, und das werden wir auch für die Zukunft nicht verwischen. Wenn man aber sich erinnert, wie er, zur Zeit der Besetzung Frankreichs durch Hitler, Frankreich in seiner Person dargestellt und nach dem Kriege dem französischen Volk seine Identität wiedergegeben hat - und gleichwohl nachher derjenige war, der auf französischer Seite die deutsch-französische Aussöhnung ermöglichte, dann ist das ein Grund nachzudenken, auch über die eigene Lage. Wir haben nicht nur die Franzosen zu Nachbarn, sondern wir haben viele Nachbarn. Es gibt auf der ganzen Erdkugel kein Volk, das auch nur entfernt so viele Nachbarn hätte wie wir Deutschen. Wir haben nie richtig begriffen, daß ein großer Teil unserer durch Generationen hindurch wiederkehrenden außenpolitischen Probleme damit zu tun hat, daß wir so viele Nachbarn haben. Im Norden, im Süden, im Osten und im Westen, mindestens zwölf Nachbarvölker, mit denen allen wir im Laufe der Jahrhunderte Kriege geführt haben.

Es ist uns gelungen, nach dem Zweiten Weltkrieg mit unseren Nachbarn im Westen, und insbesondere mit den Franzosen, ein sehr normales, beinahe ein freundschaftliches Verhältnis herzustellen. Ganz gewiß wird dies auch mit dem Namen Adenauers verbunden bleiben, sowie es auch mit dem Namen de Gaulles verbunden bleiben wird. Wir sind im Augenblick in dem ersten ernsthaften Versuch begriffen, ein freundschaftliches Verhältnis auch mit den ehemaligen Kriegsgegnern im Osten herzustellen, 25 Jahre nach dem Kriege. Nachdem viele Jahre kalten Krieges dazwischen gelegen haben, ist dies noch unendlich viel schwieriger, als die Aussöhnung mit Frankreich.

Herbert Wehner hat neulich einmal daran erinnert, daß Kurt Schumacher schon 1950 einen deutsch-französischen Freundschaftsvertrag anvisierte. Keiner ist so vermessen, im Augenblick schon Freundschaftsverträge mit den Polen oder mit den Sowjets oder mit den Tschechen und Slowaken oder mit den Ungarn öffentlich anvisieren zu wollen. Aber jeder von uns hat ein Gefühl dafür, daß wir es im Grunde mit einem Versuch zur Aussöhnung zu tun haben, der, wenn er gelingt, Geschichte macht für unser Volk. Wenn er gelingt!

Wir sind dabei nicht allein, wir befinden uns in Übereinstimmung mit den Regierungen der uns verbündeten westlichen Staaten.

Wir befinden uns insbesondere auch in Übereinstimmung mit dem amerikanischen Präsidenten und seinem Versuch, aus der "Ära der Konfrontation", wie er es genannt hat, in die "Ära der Verhandlung" überzugehen. Nixons Wort war ja nicht nur gemeint für das Feld der Begrenzung strategischer Waffen, in dem die beiden Großmächte miteinander in Verhandlung stehen, nicht nur gemeint für den Nahen Osten, sondern durchaus auch gemeint für unsere deutschen Probleme. Ich will in dem Zusammenhang sagen, daß die führenden Sozialdemokraten sich gefreut haben, Euphorie, Übereifer und Optimismus zu verbreiten.

Wir sind in einem Versuch, den wir mit sehr viel Ernst betreiben, der sehr schwierig ist, und dessen Gelingen nicht nur von uns abhängt, und übrigens auch nicht nur von unseren Verhandlungspartnern in Warschau oder von unseren Verhandlungspartnern in Moskau, sondern dessen Gelingen auch davon abhängt, ob z.B. im Nahen Osten der Friede erhalten bleibt oder ob z.B. die Sowjets und die Amerikaner sich bei ihren Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Waffen nicht dramatisch in die Haare kriegen, und auch davon abhängt, daß in Kuba keine neue Weltkrise passiert. Denn für die beiden Weltmächte gehört dies alles und Berlin in einen Gesamtzusammenhang ihrer beiderseitigen Beziehungen. Manche Deutsche meinen, das sei nur eine Angelegenheit zwischen Polen und Deutschen, oder - in Berlin - zwischen den Vier Mächten allein. Es ist ein großer Gesamtzusammenhang, und es hängt nicht einmal von uns und den Sowjets zusammen ab, ob das Ganze gelingt. Weiß, das so ist, deswegen bleibt es notwendig, sich hier keinen Selbsttäuschungen hinzugeben, keinen flachen Optimismus, keinen Illusionen. Unser guter Wille allein reicht nicht. Es ist deshalb unverzichtbar, daß das Gewicht auf beiden Seiten in einem angemessenen Verhältnis zueinander erhalten bleibt, d.h.: das Gleichgewicht der in Europa wirksamen und auf Europa wirkenden Mächte, insbesondere auch der in Europa wirkenden militärischen Machtfaktoren.

Unser Ausgleichsversuch gegenüber den östlichen Nachbarn ist, wenn ich einmal einen deutschen Klassiker auf die gegenwärtige Situation umformen darf, der Versuch der Fortsetzung der Gleichgewichtspolitik mit anderen Mitteln. Ich sage das deswegen so deutlich, weil man hier und da im Lande einige Leute reden hört, die meinen, wenn wir erst einen Vertrag mit der Sowjetunion hätten, dann könnten wir ja aus der NATO ausscheiden oder wir könnten dann die Bundeswehr aufgeben, oder dergleichen Naivitäten mehr. Unsere Ost-Verträge, wenn sie zustande kommen, werden um so mehr Bedeutung haben für die zukünftige nachbarliche Entwicklung des Verhältnisses zwischen diesen Völkern im Osten und unserem eigenen Volk, je sicherer auf beiden Seiten von der Erhaltung des Gleichgewichts ausgegangen wird. Die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts ist nicht nur unser Interesse, es ist auch das Interesse der polnischen Kommunisten, auch der Ungarn, auch der rumänischen Kommunisten, ganz zu schweigen von den Jugoslawen, oder von den Schweden oder von den Neutralen insgesamt.

Man darf nicht übersehen, daß es in den Außenämtern und in den Verteidigungsministerien der uns verbündeten Staaten, unter-

halb der Ebene der Regierungschefs und der Minister, natürlich eine ganze Menge Leute gibt, die nicht so ganz begeistert von der Entwicklung unserer Politik sind. Weil nämlich die Bundesrepublik Deutschland zum ersten Mal seit Ende des Krieges den für uns sich entwickelt habenden Handlungsspielraum vollständig ausnutzt und nicht mehr abhängig ist von Bevormundungen durch andere Regierungen. Es ist für jemanden, der acht Jahre lang im Außenministerium des Landes X oder sechs Jahre lang im Verteidigungsministerium des Landes Y die deutschen Angelegenheiten bearbeitet hat, eine schmerzliche Angelegenheit, daß die Deutschen nunmehr so selbständig sind, denn seine Einflußmöglichkeiten auf den Verlauf der Welt verringern sich. Von daher wird eine ganze Menge Unzufriedenheit verbreitet. Trotzdem aber besteht gar kein Zweifel, daß alle diejenigen, die jahrelang von den Deutschen verlangt haben, sie sollen nun endlich gegenüber der DDR, gegenüber den Sowjets, gegenüber den Polen praktikable, realisierbare Vorschläge machen, daß die im Grunde froh sind, daß wir es nun tun, aber in ihrem Hintergrunde und in ihren Büros gibt es auch Leute, die gar nicht so froh sind, daß wir inzwischen so selbständig und so handlungsfrei geworden sind.

Wir nutzen unseren politischen Handlungsspielraum bis an seine Grenzen aus. Wir befinden uns dabei, was die Beschlüsse des Nordatlantischen Bündnisses angeht, ganz offiziell in voller Übereinstimmung mit unserem Bündnis. Man wird sich erinnern, daß sich das Bündnis im Jahre 1967 nach dem sog. Harmel-Report, genannt nach dem damaligen belgischen Außenminister, selbst ganz offiziell als zwei Zwecke zugleich verfolgend definiert hat. Zum einen den Zweck, gemeinsam sicherzustellen, daß man nicht angegriffen wird, gemeinsam Abschreckung genannt, notfalls Verteidigungsfähigkeit, und zum anderen den Zweck, gemeinsam eine Entspannung gegenüber den östlichen Nachbarn einzuleiten, oder wie ich es nenne, die Fortsetzung der Gleichgewichtspolitik mit anderen Mitteln.

Mir persönlich tut es etwas leid, daß die Ostpolitik, was aber in der Natur der Sache liegt, im Laufe der letzten Monate und Wochen einen überverhältnismäßig großen Anteil der deutschen Publizistik und der öffentlichen Auseinandersetzung eingenommen hat, und daß dabei fast jeder der Fortschritte verbläste, die unsere Politik im Westen im Rahmen der EWG sowohl als auch im Rahmen des Nordatlantischen Bündnisses gemacht hat. Wally Brandt hat neulich einmal gesagt, es sei halt schwierig "to sell philosophy than news", und unsere westliche Philosophie biete nun einmal nur wenig Neuigkeiten, sondern vielmehr konsequente Stetigkeit. Im Grunde ist unsere Westpolitik aber mehr. Nicht nur, daß man jetzt mit erheblicher Sicherheit sagen kann, daß das Vereinigte Königreich Mitglied der EWG werden wird, sondern auch, daß man mit erheblicher Sicherheit prognostizieren kann, daß die Integration der westeuropäischen Gemeinschaft, die Integration des gemeinsamen Marktes tiefergehen und daß sie unausweichlich in die politische Qualität führen wird.

Fortsetzung am 3. Dezember 1970